

Der Europäische Rat

CHRISTIAN ENGEL

Wie schon in den beiden vergangenen Jahren kam der Europäische Rat auch 1994 zu zwei ordentlichen Tagungen – am 24./25. Juni auf Korfu unter griechischem und am 9./10. Dezember in Essen unter deutschem Vorsitz – und zu einer eintägigen, kurzfristig einberufenen Sondersitzung zusammen¹. Letztere fand am 15. Juli 1994 in Brüssel statt und war ausschließlich der drei Wochen zuvor unter peinlichen Umständen gescheiterten Suche nach einem Nachfolger für den Ende 1994 nach zehn Jahren aus dem Amt geschiedenen Kommissionspräsidenten Jacques Delors gewidmet. Die Schwierigkeit einer einvernehmlichen Bestimmung eines Kandidaten für die Delors-Nachfolge zeugte dabei sowohl von der enormen Bedeutung, die Jacques Delors diesem Posten verliehen hatte, als auch von der Stimmung innerhalb der Union und davon, daß eine Ära, der der Kommissionspräsident seinen Stempel aufgedrückt hat, sich ihrem Ende zuneigte.

Die Arbeit des Europäischen Rates im Jahr 1994 war von zwei unter ungünstigen Vorzeichen stehenden und insgesamt wenig glücklich verlaufenden Präsidenschaften geprägt. Mit Griechenland gelangte am 1. Januar nicht nur „der Letzte“² ans Ruder, sondern zugleich ein Land, das mit seinen Partnern in der Mazedonienfrage in einem Dauerstreit lag und von der Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verklagt worden war, und dessen Regierungschef, Andreas Papandreou, nicht mehr in der Lage war, eine Ratstagung zu leiten. Der deutsche Vorsitz startete mit der Bürde einer zum Teil aus eigenem Verschulden verpatzten Bestimmung eines Nachfolgers für Jacques Delors und ließ anschließend – bedingt vor allem durch die Bundestagswahlen im Oktober – großen Worten und Ankündigungen nur wenig Taten folgen³. Das wenig glückliche, oft unsensible und gelegentlich als neue deutsche Großmannssucht kritisierte Auftreten einiger deutscher Ratsvorsitzender wurde zusätzlich belastet durch das jedenfalls zum völlig falschen Zeitpunkt veröffentlichte, für viele Partner provokative europapolitische „Strategiepapier“ der Unionsfraktionen (Schäuble/Lamers-Papier). Insgesamt fiel daher auch die Bewertung der deutschen Ratspräsidentschaft nicht übermäßig positiv aus⁴.

Die Nachfolge von Jacques Delors

Die Tagungen des Europäischen Rates im Jahr 1994 standen ohne Zweifel unter dem Eindruck der in Korfu gescheiterten Benennung eines Kandidaten für die Nachfolge von Jacques Delors als Präsident der Kommission. Noch kurz vor der

Tagung des Europäischen Rates in Korfu galt der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende niederländische Premierminister Lubbers als aussichtsreichster Bewerber, da andere mögliche Kandidaten entweder abgewinkt hatten (u. a. Felipe Gonzalez) oder den von den Staats- und Regierungschefs selbst aufgestellten Kriterien nicht entsprachen (u. a. Leon Brittan): Denn nach dem romanischen, sozialistischen und aus einem der großen Mitgliedstaaten kommenden Delors sollte der Idealkandidat eher christlich-konservativ sein, aus einem nördlichen und kleineren Mitgliedstaat kommen und jedenfalls dem Elitkreis der Staats- und Regierungschefs selbst angehören. Alles sprach daher für den Kandidaten Lubbers.

Erst Anfang Mai wurde zum ersten Mal der Name Dehaene als Wunschkandidat des deutschen Bundeskanzlers genannt⁵. Eine Wende in der Diskussion brachte aber erst der deutsch-französische Gipfel vom 30./31. Mai in Mülhausen, auf dem sich Kanzler Kohl und Präsident Mitterrand auf den belgischen Premierminister Dehaene einigten und ihn anschließend zu einer offiziellen Bewerbung drängten. Vor allem über die Beweggründe der deutschen Seite wurde viel spekuliert, stand der Niederländer Lubbers als ausgewiesener Ordoliberaler und Atlantiker deutschen Interessen doch im Grunde viel näher als der eher dem Protektionismus zuneigende, allerdings auch überzeugtere Europäer Dehaene. Ausschlaggebend mag gewesen zu sein, daß der deutsche Kanzler dem Niederländer dessen starke Vorbehalte gegen die deutsche Wiedervereinigung nicht verziehen hatte⁶.

Jedenfalls existierten auf Korfu nach einem bisher in der Frage der Besetzung des Postens des Kommissionspräsidenten nicht gekannten regelrechten und durch Verleumdungen und Schuldzuweisungen gekennzeichneten „Wahlkampf“⁷ zu Beginn drei Kandidaten: Jean Luc Dehaene, Ruud Lubbers und der nur von Großbritannien unterstützte Leon Brittan. Lubbers wiederum fand nur bei Felipe Gonzalez und dem erstmals – kaum zur Freude seiner Kollegen – anwesenden neuen italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi offene Unterstützung. Nachdem auch Italien und Spanien sich der Mehrheit angeschlossen hatten, zogen die Niederlande ihren Bewerber zurück. Isoliert blieb Großbritannien, das zwar die Kandidatur Leon Brittans nicht mehr aufrechterhielt, aber auch nicht bereit war, für den Belgier Dehaene zu votieren. Diese Weigerung war einerseits innenpolitisch – als Signal an die „Euroskeptiker“ in der Partei – begründet und stand somit für eine Entscheidung gegen eine föderale Fortentwicklung der Union mit starken supranationalen Institutionen, zum anderen war sie aber auch eine offene Kritik an einem zumindest angeblichen deutsch-französischen „Alleingang“ bei der Kandidatenkür⁸. Die Kritik, kein anderer Mitgliedstaat sei vorab über den Vorschlag des Tandems informiert und konsultiert worden, blieb aber gerade im Falle Großbritanniens fragwürdig, da laut deutscher Aussage John Major bereits am 27. April und damit vor Präsident Mitterrand unterrichtet worden sei⁹.

Die deutsche Präsidentschaft startete jedenfalls denkbar ungünstig, auch wenn es auf dem unmittelbar nach dem Scheitern auf Korfu einberufenen Sondergipfel in Brüssel am 15. Juli nach vorherigen Konsultationen gelang, sich auf deutschen

Vorschlag hin auf den luxemburgischen Ministerpräsidenten Jacques Santer als Nachfolger von Jacques Delors zu einigen. Es waren wohl eher die Erinnerungen an den ebenfalls aus Luxemburg stammenden Vorgänger von Delors – Gaston Thorn – und dessen auch wegen des geringen Gewichts seines Heimatlandes eher schwache Präsidentschaft als seine festen europapolitischen Überzeugungen – diese dürften der britischen Haltung ebenso wenig entsprechen wie diejenigen des Belgiers Dehaene¹⁰. John Major veranlaßte die Aufstellung SanTERS jedoch dazu, ihn als „richtigen Mann am richtigen Platz zum richtigen Zeitpunkt“ zu bezeichnen. Es ging zum einen darum, ein Exempel am deutsch-französischen Tandem zu statuieren, zum anderen aber um eine „stille Entmachtung“¹¹ der Kommission. Daß die Begleitumstände der Nominierung von Jacques Santer das Bild einer hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Union innerlich zerstrittenen Gemeinschaft zeigten, ließ sich daher nicht leugnen. Ebenso wenig ließ sich verbergen, daß das Verfahren der Kandidatensuche und die Rolle, die Deutschland dabei gespielt hat, einigen Mitgliedstaaten kaum gefallen hatte. So hieß es etwa aus der spanischen Delegation, man werde die Wahl SanTERS – des „Chefeuropäers zweiter Wahl“¹², des „gutmütigen Familienvaters“¹³ – nicht blockieren, obwohl dieser ein „Handlanger Deutschlands“ sei.

Außenbeziehungen

Sofern der Europäische Rat im Jahr 1994 überhaupt politische Akzente setzen konnte, lagen diese im Bereich der Außenbeziehungen. Hierbei waren es weniger konkrete Entscheidungen als neue Signale nach Mittel- und Osteuropa, die dem Essener Gipfel eine psychologisch nicht unerhebliche Bedeutung verliehen. Dieser stand ganz im Zeichen einer „Strategie zur Vorbereitung des Beitritts der assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas“, nachdem sich der Europäische Rat in Kopenhagen (Juni 1993) erstmals grundsätzlich auf die Beitrittsoption festgelegt hatte und in Korfu ein Fortschrittsbericht über die Heranführung dieser Staaten an die Union erbeten worden war. Im Vorfeld hatte die undiplomatische Handhabung der Frage einer Einladung der betroffenen Staats- und Regierungschefs der mittel- und osteuropäischen Staaten nach Essen durch die deutsche Präsidentschaft für Verärgerung gesorgt – einer halben Ein- und einer Ausladung folgte schließlich eine definitive Einladung. Hingegen hatte der Gipfel selbst durch die erstmalige Präsenz von 21 europäischen Staats- und Regierungschefs nach der Formel 12+3+6¹⁴ eine erhebliche psychologische Bedeutung und setzte das bisher deutlichste Zeichen für den Willen einer möglichst raschen Heranführung der assoziierten Staaten an die Union und einer gleichberechtigten Partnerschaft.

Das in Essen beschlossene Strategiepapier hingegen verdient weit weniger Aufmerksamkeit. Es enthält keine wesentlichen neuen Elemente und baut auf den bestehenden EU-Instrumenten der „Europaabkommen“ und des PHARE-Programms auf. Die sogenannten „strukturierten Beziehungen“ waren ebenfalls bereits in Kopenhagen vereinbart worden; lediglich die Festlegung einer bestimm-

ten Anzahl gemeinsamer Treffen auf Ministerebene, einschließlich eines jährlichen Zusammenkommens auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am Rande des Europäischen Rates, kann als grundsätzlich neu betrachtet werden. Der wichtigen Frage der Höhe der finanziellen Unterstützung der assoziierten Staaten aus dem PHARE-Programm ging man allerdings aus dem Weg. Die südlichen Mitgliedstaaten wollten der Nennung einer konkreten Summe – die Kommission hatte einen Betrag von 7 Mrd. ECU bis 1999 vorgeschlagen – nur bei gleichzeitiger Festlegung der Mittel für die Mittelmeerpolitik der EU (5,5 Mrd. ECU) zustimmen, die wiederum den nördlichen Mitgliedstaaten, vor allem Deutschland und Großbritannien, zu hoch waren und im Rahmen der finanziellen Vorausschau bis 1999 keinen Raum mehr für andere „externe Politiken“ gelassen hätte. So einigte sich schon der Allgemeine Rat vom 28. November darauf, in beiden Fällen keine Summe zu nennen und im Strategiepapier für den Beitritt der mittel- und osteuropäischen (MOE) Staaten lediglich festzuhalten, daß der Haushaltsvoranschlag 1995 für das PHARE-Programm auch in den folgenden Jahren ein Minimum darstellt. Für seine nächste Tagung erbat sich der Europäische Rat in Essen ein Weißbuch über die Integration der MOE-Staaten in den Binnenmarkt als wesentlichem Bestandteil der Beitrittsstrategie. Daneben hatte man sich bereits in Korfu darauf geeinigt, auch Malta und Zypern bei der nächsten Erweiterungsrunde zu berücksichtigen. Der Kreis der potentiellen Beitrittskandidaten ist damit, einschließlich der baltischen Staaten, auf jetzt 11 Staaten angewachsen.

Die Unfähigkeit zu einer Einigung in der Frage der finanziellen Ausstattung des PHARE-Programms wie in anderen, für die Heranführung der MOE-Staaten zentralen Fragen, zeugte sowohl von der Verärgerung, die das ständige deutsche Vorpreschen in Sachen Osterweiterung bei einigen Partnern hervorgerufen hatte, als auch von einer Union, die ihr Augenmerk teils nach Osten, teils nach Süden, kaum aber in eine gemeinsame Richtung lenkt. Zusammen mit der Strategie zur Vorbereitung einer Osterweiterung wurde daher in Essen auch ein weitgehend unverbindlicher Beschluß über die künftige „Mittelmeerpolitik“ der Union gefaßt. Hervorzuheben sind hier nur die Einigung auf den „privilegierten Status“ Israels und auf eine EU-Mittelmeerkonferenz im zweiten Halbjahr 1995, die unter spanischem Vorsitz die künftigen Beziehungen erörtern soll.

In die Erweiterungsverhandlungen mußte der Europäische Rat zunächst nicht mehr eingreifen. Nachdem mit der sogenannten „Erklärung von Ioannina“ vom 28. März 1994¹⁵ der innergemeinschaftliche Streit um die Anpassung der Mehrheitsregel im Rat nach der Erweiterung (in Form eines neuen „Luxemburger Kompromisses“) beigelegt werden konnte, stand einer Unterzeichnung der Beitrittsverträge mit Finnland, Österreich, Norwegen und Schweden auf dem Europäischen Rat von Korfu, an welchem erstmals die Staats- und Regierungschefs der zu diesem Zeitpunkt noch vier Beitrittsstaaten als Gäste teilnahmen, nichts mehr im Wege.

Ebenfalls zu Gast in Korfu war der russische Präsident Jelzin. Hatte er noch in einer Nacht- und Nebelaktion in Korfu das bereits fertige Dokument von

einem eigens mitgebrachten Expertenstab in allen Sprachfassungen erneut prüfen lassen, feierte er anlässlich der Unterzeichnung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und Rußland am nächsten Tag diesen Vertrag um so euphorischer als „Ende der Blockade Rußlands“; angesichts des Tschetschenien-Konflikts sollte die Begeisterung auf keiner Seite lange anhalten. Auch mit der Ukraine, mit der zwei Wochen zuvor bereits ein vergleichbares Abkommen unterzeichnet worden war, beschäftigte sich der Europäische Rat in Korfu. Hierbei ging es vor allem um die Schließung des Kernkraftwerkes von Tschernobyl, für die die Union schon im Vorfeld der Beratungen des G 7-Gipfels von Neapel am 8./9. Juli 1994 eine Hilfe von 500 Mio. ECU zusicherte (davon 400 Mio. ECU Euratom-Anleihen und 100 Mio. ECU aus dem TACIS-Programm).

Die Lage im ehemaligen Jugoslawien beschäftigte den Europäischen Rat trotz zweier längerer Erklärungen im Grunde nur am Rande. Auf der Tagung in Essen erfolgte allerdings nach einer erneuten Verschärfung des Bürgerkrieges und entsprechender Diskussionen über einen Abzug der Blauhelme die wichtige Verständigung darauf, daß ein Rückzug der UNPROFOR-Truppen von der Union abgelehnt wird. Erwähnenswert ist darüber hinaus der Beschluß über Leitlinien für eine Gemeinsame Aktion zur Vorbereitung der für 1995 geplanten Konferenz der Vertragsparteien des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) gemäß Art. J. 8 Abs. 1 EUV, nachdem der Europäische Rat in Brüssel im Dezember 1993 die ersten Bereiche von Gemeinsamen Aktionen und entsprechende Leitlinien festgelegt hatte. Erstaunlich hingegen bleibt die Aussage des Europäischen Rates von Korfu, im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des Lomé-IV-Abkommens vor dem 1. März 1995 und der Erstellung des nächsten Finanzprotokolls „die Verpflichtung der EU gegenüber den AKP-Staaten zu bekräftigen“; der Termin konnte wegen der Weigerung mehrerer Staaten, die finanzielle Ausstattung des Europäischen Entwicklungsfonds wenigstens aufrechtzuerhalten, nicht eingehalten werden, und so steht die Frage weiter auf der Tagesordnung des Europäischen Rates.

Interne Politiken

Bei den internen Politiken stand die Fortsetzung der Diskussion über die Maßnahmen zur Umsetzung des Weißbuchs „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ an erster Stelle. Zum einen ging es hierbei um konkrete Vorhaben im Bereich der transeuropäischen Netze und der Verwirklichung der Informationsgesellschaft, zum anderen um eine weitere Erörterung von Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung und zur Verbesserung der Wirtschaftslage, einschließlich der Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. Hoch auf der Tagesordnung des Europäischen Rates stand auch der „dritte Pfeiler“, die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres, allerdings ohne konkrete Ergebnisse. Andere Themen, wie z. B. die Subsidiarität, die in den vergangenen Jahren eine Rolle gespielt hatten, wurden nur kurz

behandelt. In einem Punkt, nämlich in der Diskussion um eine gemeinschaftliche CO₂-Steuer, brachte der Europäische Rat von Essen eine Wende. Auf der Tagung des Ecofin-Rates am 5. Dezember war deutlich geworden, daß ein gemeinsames Vorgehen auf der EU-Ebene in absehbarer Zeit keine Chance auf Realisierung haben würde. So gab der Europäische Rat in Essen grünes Licht für ein eventuelles einzelstaatliches Vorgehen auf der Grundlage gemeinsam definierter Parameter.

Wie schon im Jahr 1993 widmete sich der Europäische Rat ausführlich dem Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“, insbesondere seiner konkreten Umsetzung bei den transeuropäischen Netzen in den Bereichen Verkehr, Energie und Umwelt. Auch die Umsetzungsmöglichkeiten im Bereich der Informationsgesellschaft wurden erörtert. Erneut wurden die Diskussionen des Europäischen Rates durch das Auseinanderfallen von gemeinsamer Beratung und Rahmenplanung auf der einen und mitgliedstaatlicher Umsetzung auf der anderen Seite beherrscht. Der Einigung auf 11 (Korfu) und später, nach Einbeziehung der Beitrittsstaaten und der MOE-Staaten, 14 (Essen) vorrangige Verkehrsprojekte sowie 8 (Korfu) und später 10 (Essen) Energieprojekte stand das Problem kaum vorhandener Gemeinschaftsmittel zur Realisierung der Projekte entgegen. Eine Einigung auf einen Finanzierungsplan für die vorrangigen Projekte im Bereich der transeuropäischen Netze kam auch in Essen noch nicht zustande. Da aber aufgrund des EU-Finanzbeitrags der neuen Beitrittsstaaten und durch konjunkturbedingt höhere Eigenmittel ein gewisser finanzieller Spielraum für die Netze erkennbar wurde – die Rede war von 1,2 Mrd. ECU im Rahmen der finanziellen Vorausschau – konnte sich der Europäische Rat in Essen immerhin darauf einigen, die Realisierung der als wirtschaftlich befundenen Netze nicht an der Finanzierung scheitern zu lassen und einen Auftrag an den Ecofin-Rat zu erteilen und auf Vorschlag der Kommission einen Beschluß über die „Ergänzung“ der für die Netze verfügbaren Finanzmittel zu fassen. Die Grundsatzfrage nach der Rolle privater und nationaler bzw. gemeinschaftlicher finanzieller Anstrengungen und deren Aufteilung war damit aber noch lange nicht geklärt.

Auch im Bereich der Informationsgesellschaft unterstrich der Europäische Rat – gemäß dem Bericht der Bangemann-Gruppe – die Rolle der Privatwirtschaft, schloß sich aber ebenfalls der Auffassung an, daß auch die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft eine aktive Rolle spielen müßten. In diesem Fall bestand auch Einvernehmen über die Rolle der Gemeinschaft, die primär für die Schaffung der für die Verwirklichung der Informationsgesellschaft notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen (Liberalisierung der Infrastrukturen, Marktzugang, Datenschutz etc.) und sekundär die Förderung von Demonstrationsprojekten in zehn verschiedenen Anwendungsfeldern zuständig sein soll.

Schwierig waren sowohl auf Korfu als auch in Essen die Diskussionen über Beschäftigung und Wirtschaftslage, teilweise aufgrund schlechter Vorbereitungsarbeiten der Präsidentschaften. Die Bewertung der makroökonomischen Lage erfolgte allerdings noch einvernehmlich: Die bestehenden Anzeichen für einen

konjunkturellen Aufschwung und Erfolge bei der Inflationsbekämpfung und bei der Verringerung der öffentlichen Defizite seien auch im Hinblick auf die in Maastricht aufgestellten Konvergenzkriterien kein Anlaß, in den Bemühungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation fortzufahren. Wie gehabt zog sich aber quer durch die Union ein Riß in der Frage, ob die Beschäftigungslage, primär durch größere staatliche Investitionen (Aus- und Weiterbildung, Beschäftigungsprogramme) oder durch Maßnahmen zur Deregulierung der Arbeitsmärkte verbessert werden könne. Der Richtungsstreit zwischen Deregulierern und Befürwortern staatlicher Investitionen und Programme konnte jedoch weder auf Korfu noch in Essen geklärt werden.

Wie wenig Bewegung in entscheidenden politischen Fragen auf den Tagungen des Europäischen Rates im Jahr 1994 zu erzielen war, wurde vollends aber erst bei der Umsetzung des auf dem Europäischen Rat in Brüssel im Dezember 1993 beschlossenen Programms zur Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres deutlich. Hier gelang dem Europäischen Rat vor allem in bezug auf die Konvention zur Gründung von Europol nicht der geringste Fortschritt, ebenso wenig wie bei der Einigung über die strafrechtliche Behandlung von Betrügereien zu Lasten des EG-Haushalts und bei anderen Fragen. Trotz Aufforderung des Europäischen Rates von Korfu, die Europol-Konvention bis Anfang Oktober fertigzustellen, war gegen den Widerstand vor allem Frankreichs in der Frage der demokratischen und richterlichen Kontrolle des Übereinkommens durch das EP und den EuGH, also in der Frage der Anbindung von Europol an die Gemeinschaftsinstitutionen und des Zugangs zu Informationen, kein Fortschritt möglich. Auch in Essen bestand das einzige Entgegenkommen Frankreichs darin, sich auf eine Einigung unter französischer Präsidentschaft zu verpflichten. Daß es in Essen gelang, sich auf eine inhaltliche Ausdehnung des Mandats der bereits bestehenden Vorläufereinrichtung, der Europol-Drogenstelle (EDS), auf weitere Bereiche der internationalen Kriminalität zu verständigen, konnte angesichts des Scheiterns bei Europol nur wenig befriedigen. Das neben der Vertiefung der Beziehung zu den MOE-Staaten wichtigste Prestigeprojekt der deutschen Präsidentschaft war gründlich gescheitert, eine Einigung nicht in Sicht¹⁶.

Um die Bilanz des Europäischen Rates bei den internen Politiken abzurunden, muß auf die Einsetzung einer Beratenden Kommission gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Korfu auf deutsch-französischen Vorschlag hin verwiesen werden, die dem Europäischen Rat in Cannes Bericht erstatten soll. Angesichts der Anwesenheit von Silvio Berlusconi, in dessen gerade erst gebildetem Kabinett auch die aus dem neo-faschistischen MSI hervorgegangene „Nationale Allianz“ von Gianfranco Fini vertreten war, ein nicht unerstaunlicher Vorgang.

Bilanz

Die Arbeit des Europäischen Rates im Jahr 1994 war – sieht man einmal von dem Eklat der zunächst gescheiterten Einigung auf einen Nachfolger für Jacques

Delors und die symbolhafte Bedeutung der Anwesenheit der Staats- und Regierungschefs der assoziierten MOE-Staaten in Essen ab – gänzlich unspektakulär. Nicht, daß es keine wichtigen Themen gegeben hätte. Vielmehr zeigte sich gerade auf den im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehenden Tagungen des Europäischen Rates, daß sich in der Union wenig bewegt, wenn die Mitgliedstaaten handlungsunfähig sind. Und das traf 1994 in einem außergewöhnlich großen Ausmaß zu: Zwei aus ganz unterschiedlichen Gründen relativ schwache Präsidenschaften und ein Pulk von Staats- und Regierungschefs, die aus innerstaatlichen Gründen auch auf dem europäischen Parkett kaum bewegungsfähig waren. Vor allem im Hinblick auf die Tagung des Europäischen Rates in Essen war zudem unübersehbar, daß auch die deutsch-französische Achse nicht mehr zog und daß sich – entscheidend für die Europol-Frage – vor den französischen Präsidenschaftswahlen im April/Mai 1995 nichts mehr bewegen würde¹⁷. Insofern war es durchaus konsequent, bereits im Vorfeld alles festzuzurren und in Essen alle strittigen Themen und Fragen zu vermeiden¹⁸.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Abgang von „Mr. Europe“ auch das „Ende einer Ära“¹⁹ markiert und nun, symbolisiert durch den neuen Kommissionspräsidenten, eher eine Zeit der Konsolidierung des Besitzstandes und der Bescheidenheit, jedenfalls was qualitative Fortschritte angeht, heranbricht. Auch die in Korfu beschlossene Einsetzung einer im zweiten Halbjahr 1995 arbeitenden „Reflexionsgruppe“ zur Vorbereitung der für 1996 geplanten Revisionskonferenz und die Einigung darauf, unter spanischer Präsidenschaft einen Sondergipfel zur Reform der Union abzuhalten, vermögen dieses Bild nicht zu ändern.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Schlußfolgerungen des Vorsitizes, Dok. Nr. 1 und 2 in diesem Band.
- 2 Schmid, Klaus-Peter: „Der Letzte geht an die Spitze“, in: *Die Zeit* v. 31.12.1993, S. 6.
- 3 Hauser, Erich: „Im Schatten des Wahlkampfes“, *FR* v. 5. 7. 1994.
- 4 Hort, Peter: „Ein Fest nur für die Buchhalter“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 27. 12. 1994.
- 5 Schmid, Klaus-Peter: „Kür auf Korfu“, in: *Die Zeit* v. 6. 5. 1994.
- 6 Vgl. *Frankfurter Rundschau* v. 1. 6. 1994: „Kohls Elefantengedächtnis“.
- 7 Vgl. u. a. *Süddeutsche Zeitung* v. 17. 6. 1994, *FAZ* v. 18. 6. 1994.
- 8 Grunenberg, Nina: „Die Angst vor dem zweiköpfigen Ungeheuer“, in: *Die Zeit* v. 8. 7. 1994, S. 4.
- 9 *FAZ* v. 30. 6. 1994.
- 10 *SZ* v. 14. 7. 1994.
- 11 *Der Spiegel* v. 20. 6. 1994: „Stille Entmachtung“.
- 12 *Frankfurter Rundschau* v. 15. 7. 1994.
- 13 *Rheinische Post* v. 16. 7. 1994.
- 14 Eine erste gemeinsame Sitzung auf Außenministerebene fand bereits am 1. 10. 1994 statt.
- 15 *ABl. EG* Nr. C 105 v. 14. 4. 1994, S. 1.
- 16 Vgl. *Agence Europe* v. 2. 12. 1994, S. 7/8, *The European* v. 25. 11. 1994: „French poised to deal fatal blow to Europol“.
- 17 Gsteiger, Fredy: „Asterix bleibt sich treu“, in: *Die Zeit* v. 9. 12. 1994.
- 18 Vgl. *Handelsblatt* v. 7. 12. 1994.
- 19 Hellmann, Rainer, in: *EU-Magazin* 12 (1994), S. 8–12.